



Bern-Wabern, 18. September 2008

Kosovo

Staatswerdungsprozess und Auswirkungen auf die wichtigsten Minderheiten

1. Politische Lage – Thaci als Wegbereiter der Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008

Das wichtigste Wahlversprechen des am 17. November 2007 gewählten Hashim Thaci, Demokratische Partei Kosovo (PDK), war die Unabhängigkeit des Kosovo zu verkünden, nötigenfalls auch einseitig. Nach deren Verkündung am 17. Februar 2008 dauerte die Euphorie jedoch nur kurze Zeit. Mittlerweile stehen die Probleme der abgewählten Vorgängerregierung – Korruption und Vetternwirtschaft – wieder im Mittelpunkt des politischen Interesses. Die vielschichtigen inner-albanischen politischen Differenzbereinigungen sind im Umfeld der Unabhängigkeitserklärung lediglich aufgeschoben worden.



Hashim Thaci mit Kosovo-Flagge.¹

1.1. Sicherheitslage

Die Lage ist weitgehend ruhig, aber nicht stabil. Namentlich halten die Spannungen in den kosovo-serbischen Siedlungsgebieten – insbesondere im Nordkosovo – an.

2. Wirtschaftliche Lage

Am 11. Juli 2008 fand in Brüssel eine Geberkonferenz statt, welche eine Unterstützung über 1,2 Milliarden Euro zusicherte. Seit 1999 sind bereits 3,5 Milliarden € der internationalen Gemeinschaft nach Kosovo geflossen. Die Arbeitslosigkeit beträgt ca. 45%.² Das Wirtschaftsleben ist geprägt von Schatten- und Misswirtschaft, Armut und Korruption. Die Unabhängigkeit löste bisher kein einziges wirtschaftlich-soziales Problem.

3. Von der Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar zur Verfassung vom 15. Juni 2008

3.1. Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 und Stand der internationalen Anerkennung

Knapp sechs Monate nach der Unabhängigkeitserklärung haben 20 der 27 EU-Mitglieder und 26 weitere Staaten, darunter die USA, Kosovo anerkannt. Dagegen sind Russland, Serbien und China. Serbiens weltweite, diplomatische Offensive verlangsamt den Anerkennungsprozess offensichtlich.

3.2. Verfassung am 15. Juni 2008 vom Parlament gutgeheissen

Am 15. Juni 2008 trat die weitgehend von westlichen Ländern diktierte Verfassung in Kraft, welche weiterhin eine internationale zivile und militärische Präsenz vorsieht. Die sehr moderne Verfassung gesteht den Kosovo-Serben extensive Minderheitenrechte zu. Ebenso wurde diesen zugesichert, dass das Polizei- und Zollwesen in ihren Siedlungsgebieten unter internationaler Kontrolle bleiben wird.

¹ Süddeutsche Zeitung. 18. Februar 2008.

² Le Courier des Balkans. Pristina. 14. Juli 2008.

3.3. Ausgabe kosovo-albanischer Pässe seit dem 29. Juli 2008

Am 29. Juli 2008 wurde der erste Kosovo-Reisepass ausgestellt. Kosovo-Pässe werden in der Regel von denjenigen Ländern anerkannt, welche auch die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt haben.

Mit der Einführung des Kosovo-Passes wurde die Ausstellung von UNMIK Reisedokumenten beendet. Gemäss Belgrader Informationen dürften weiterhin mindestens 500'000 Kosovo-Albaner einen serbischen Reisepass besitzen.³



UNMIK- und serbischer Reisepass.⁴



Neuer Pass der Republik Kosovo.⁵

3.4. Staatsangehörigkeit

Den Kosovo-Serben wurde aus politischen Gründen, aber auch wegen der engen Verbundenheit der kosovo-serbischen Siedlungsgebiete mit Serbien, eine Doppelstaatsangehörigkeit Kosovo und Serbien eingeräumt. Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Kosovo-Serben kaum die kosovo-albanische Staatsangehörigkeit oder Kosovo-Reisepässe beantragen werden.

4. UNMIK, EULEX und Serbien: Akteure im Kosovo

Die auch nach der Unabhängigkeitserklärung im Kosovo tätigen internationalen Akteure sind die Mitte 1999 eingerichtete UNO-Verwaltung (UNMIK), Teile der bisher entsandten EU-Rechtsstaatsmission (EULEX) sowie Serbien in den Siedlungsgebieten der Kosovo-Serben.

Die Sicherheit garantieren KFOR, internationale und örtliche Polizei (KPS). Ein Teil der etwa 700 kosovo-serbischen Polizeibeamten trat aus dem etwa 7'000-köpfigen Kosovo-Polizei (KPS) aus.

4.1. UNMIK kann nicht vollständig abgelöst werden

Gemäss ursprünglichem Plan sollte UNMIK am 15. Juni 2008, 120 Tage nach Ausrufung der einseitigen Unabhängigkeit und nach der Inkraftsetzung der Kosovo-Verfassung, durch eine dreigliedrige EU-Mission (EULEX) ersetzt werden. Die "Rekonfiguration" genannte Stabsübergabe der UNMIK an die EU hat jedoch noch nicht begonnen. Serbien und Russland widersetzen sich jeglicher "Rekonfiguration". Auch unter dem "Schirm" der 'rekonfigurierten' UNMIK, verfügt das EULEX-Mandat über keine akzeptierte rechtliche Grundlage.

4.2. EULEX (EU-Rechtsstaatsmission) nur teilweise operationell

EULEX umfasst eine politische Einheit mit 275 Mitarbeitern, eine operationelle Einheit (EULEX) mit 1'800 Polizisten, Zollbeamten und juristischen Beratern sowie ein Verbindungsbüro

³ Vecernje Novosti, Belgrad in: Der Standard. Wien. 1. April 2008.

⁴ Le Courier des Balkans. 7. August 2008.

⁵ Der Standard. Wien 30. Juli 2008.

der EU mit 80 Leuten. Die EULEX-Mission ist momentan weit von der angestrebten Stärke von rund 1'800 Polizisten, Juristen und Verwaltungsexperten entfernt.

EU-Präsenz im Kosovo	
	<p>European Union Rule of Law Mission in Kosovo Leiter: Yves de Kermabon Aufgaben: Unterstützung der Kosovoinstitutionen beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen der Polizei und des Zolls; geplante Personalstärke: 1.900 Mitarbeiter aus der EU und Drittstaaten (vorwiegend Polizisten und Richter) sowie 1.100 lokale Mitarbeiter</p>
	<p>International Civilian Office/European Union Special Representative (ICO/EUSR) Leiter: Pieter Feith Aufgaben: - als European Special Representative politische Koordinierungsfunktion gegenüber EULEX Kosovo - Beratung der Kosovo-Regierung hinsichtlich der Reformen zur Annäherung an die EU - als International Civilian Representative Überwachung der Implementierung des Ahtisaari-Plans geplante Personalstärke: 270 Mitarbeiter</p>
	<p>European Commission Liaison Office to Kosovo Leiter: Renzo Daviddi Aufgaben: - Unterstützung der kosovarischen Regierung bei wirtschaftlichen Reformen und regionaler Kooperation - Implementierung der Instrumente des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) im Kosovo geplante Personalstärke: 82 Mitarbeiter</p>

Quelle: Autor

Gestaltung: Redaktion ÖNÖZ / Peter Lutz

4.2.1. Weiterhin keine EULEX im Nordkosovo

EULEX-Vertreter betonen zwar, dass sie die Rechtsstaatsmission im gesamten Kosovo aufbauen wollen, doch die Kosovo-Serben anerkennen die Legitimität der EULEX-Mission nicht an. Im Nordteil von Kosovska Mitrovica und im Nordkosovo können nur UNMIK, KFOR und internationalen Polizeikräfte präsent sein.

4.3. Anhaltender serbischer Einfluss auf die Kosovo-Serben

Am 6. August 2008 bekräftigte Serbiens Präsident Boris Tadic den Anspruch Serbiens auf die ehemalige Provinz Kosovo. Kosovo ist Bestandteil "serbischer Staatspolitik". Die Einflussnahme von Serbien auf die Kosovo-Serben verstärkte sich nach der Unabhängigkeitserklärung weiter. Serbien finanziert in deren Siedlungsgebieten staatliche Institutionen in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit, Schulwesen und Infrastruktur⁶ und hält die Kosovo-Serben an, den neuen Staat und die internationale Verwaltung zu boykottieren.

5. Allgemeine Lage der Kosovo-Serben

5.1. Anzahl, Siedlungsgebiete und Stimmung

Nach unterschiedlichen Schätzungen leben im Kosovo zwischen 120'000⁷–130'000 Kosovo-Serben. Davon leben ca. 60 % in Enklaven im Süden des Kosovo und 40 % im serbisch dominierten, direkt an Serbien grenzenden Norden des Kosovo. Die Grenze zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben bildet die geteilte Stadt Kosovska Mitrovica. Von wenigen Be-

⁶ Europäische Rundschau. Vierteljahreszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte. Wien. 2008/02. S. 10.

⁷ Le Courier des Balkans. 14. Juli 2008.

zirken abgesehen, leben jedoch Kosovo-Serben im gesamten Kosovo. In grösseren Enklaven wie Gracanica/Pristina oder Strpce/Shterpcce herrschen radikal-unzufriedene und frustrierte Töne vor, während in den kosovo-serbischen Dörfern im östlichen Teil des Kosovo, beispielsweise im Bezirk Gjilane/Gnjilane eher pragmatisch abgewartet wird. Seit der Unabhängigkeitserklärung weiter radikalisiert hat sich die Lage in Kosovska Mitrovica, wo eine ausgeprägte, nationalistische "Frontstellung" herrscht.



5.2. Kosovo-Serben und der Brennpunkt Kosovska Mitrovica

Die geteilte Stadt Kosovska Mitrovica ist seit Mitte Juni 1999 einer der "Hot Spots". Als Folge der Unabhängigkeitserklärung kam es am 17. März 2008 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gegen UNO-Polizisten und die KFOR. 42 UNO-Polizisten und 22 KFOR-Soldaten sowie mehrere Dutzend kosovo-serbische Angreifer und Demonstranten wurden verletzt. Ein UNO-Polizist erlag seinen Verletzungen.



Unruhen in Kosovska Mitrovica vom 17. März 2008.⁹

Nach einer Phase relativer Ruhe kam es in der Nacht vom 4. auf den 5. August 2008 in zwei gemischtethnischen Quartieren im Nordteil der Stadt wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Dabei wurden mehrere Personen, darunter ein UNO-Polizist, verletzt, sowie Fahrzeuge und drei Kosovo-Albanern gehörende Geschäfte zerstört.⁸

⁸ Le Courier des Balkans. 6. August 2008.

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 18. März 2008.

5.3. Menschenrechtslage und wirtschaftliche Situation

Im Bereich der Minderheiten bestehen Spannungen primär zwischen Kosovo-Albanern und Kosovo-Serben. Diese haben sich seit der Unabhängigkeitserklärung noch verstärkt. Es kommt regelmässig zu unterschiedlich motivierten Übergriffen gegen Kosovo-Serben in Form von Anschlägen auf Kirchen, Schändungen von Friedhöfen, körperlichen Angriffen bis hin zu Mord. Die meisten Vorfälle ereignen sich im Grossraum Kosovska Mitrovica. Diese meist kaum aufklärbaren Vorkommnisse haben jedoch oft nicht ethnische, sondern gemeinrechtliche Hintergründe. Die Bewegungsfreiheit wird durch UNMIK-Busverbindungen sichergestellt, welche die Kosovo-Serben aus den einzelnen Enklaven in den südlichen Siedlungsgebieten mit dem nördlichen Teil von Kosovska Mitrovica, respektive mit Serbien verbinden.

Die Arbeitslosigkeit ist auch unter den Kosovo-Serben, der grössten Minderheit, über dem kosovo-weiten Durchschnitt. Die vielfältigen Unterstützungszahlungen aus Serbien mildern die unbefriedigende Situation, ohne jedoch wirklich zukunftssträchtige Lösungen anzubieten.

5.4 Serbischsprachige Roma

Das Schicksal der serbischsprachigen Roma ist – auf einer tieferen wirtschaftlich-sozialen Stufe – eng mit demjenigen der Kosovo-Serben verknüpft.

6. Albanischsprachige Roma, Ashkali und Ägypter (RAE)

Die Sicherheitslage der albanischsprachigen RAE – im Sinne einer physischen Bedrohung – verbesserte sich insgesamt gesehen auch nach den Unruhen vom März 2004 weiter. Die generell festzustellenden Verbesserungen im interethnischen Zusammenleben hatten vor allem positive Auswirkungen für die RAE. In vielen Dörfern und Bezirken ist die Sicherheitslage seit Jahren gut und stabil. Das UNHCR betrachtet die RAE daher bereits seit Juni 2006 nicht mehr allein aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit als schutzbedürftig. "Sonderfälle" stellen die Hauptstadt Pristina und die Stadt Vushtrri/Vucitrn da. Ebenso ist der seit einiger Zeit eingeleitete Aufbau des früheren Roma-Quartiers im Südteil von Kosovska Mitrovica ("Fabrička") nicht wirklich erfolgreich und eine Rückkehr oft nicht von Dauer. Die Arbeitslosigkeit unter den RAE ist generell hoch, respektive höher als unter der kosovo-albanischen Mehrheitsbevölkerung. Die RAE haben kaum wirtschaftliche Perspektiven.

7. Migrationssituation

Die Unabhängigkeitserklärung beseitigt die Ursachen für das hohe Migrationsaufkommen der Vergangenheit nicht, der Migrationsdruck wird anhalten. Aufgrund der grossen Diaspora (schätzungsweise 110'000 Personen aus dem Kosovo) bleibt die Schweiz ein bevorzugtes Zielland für Kosovo-Albaner und Angehörige der RAE. Kosovo-Serben begeben sich dagegen weiterhin mehrheitlich nach Serbien.

8. Stand im Staatswerdungsprozess: "Dreiviertelstaat"

Die Unabhängigkeitserklärung hat die Statusfrage der ehemals serbischen Provinz Kosovo endgültig entschieden, auch wenn die einseitige Sezession völkerrechtlich und international umstritten ist. Weder für Serbien noch für Kosovo bereitete die Unabhängigkeitserklärung den Weg für eine dauerhafte Befriedung und Stabilisierung. Aus der "halben Unabhängigkeit" ein "Dreiviertelstaat" geworden,¹⁰ in dem sich die parallelen Wirklichkeiten verfestigen. Der Zustand vor der Unabhängigkeitserklärung wurde mehr symbolisch als real aufgehoben. Bis zu einer Normalisierung der von zahlreichen Unsicherheiten geprägten Verhältnisse dürfte noch eine beträchtliche Zeit vergehen.

¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt. 16. Juni 2008.